

Arbeitskreis Ideologiekritische Intervention

Kein besserer Kapitalismus!

Denkanstöße gegen Oskar Negts
sozialdemokratischen Fetischismus

Der folgende Text entstand aus der dringenden Notwendigkeit, die Ausführungen Oskar Negts über den Zusammenhang von Arbeit und menschlicher Würde, wie sie im Mai diesen Jahres während eines Vortrags in Chemnitz und einige Wochen später in einem Interview mit der Stuttgarter *Kontext:Wochenzeitung* getätigt wurden, kritisch zu kommentieren.

Negt, der aus unerfindlichen Gründen immer noch als führender Denker der Kritischen Theorie gehandelt wird, warb zu beiden Anlässen für seine Vision eines besseren Kapitalismus, in dem der Staat als „Bollwerk gegen den zersetzenden Marktgoismus“¹ die Rettung der „produktiven Arbeit“ genauso garantiert wie soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Reintegration.

Es ist das Anliegen des nachfolgenden Textes, klarzustellen, dass all das mit einer vernünftigen Kritik der aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse nicht das Geringste zu tun hat, dass es nichts als Ideologie ist, dass sich dort Kapital- und Arbeitsfetisch, Staatsfetisch und Pseudohumanität zu einer Idee verdichten, die sich vor dem einzig sinnvollen Anspruch tatsächlicher Gesellschaftskritik – nämlich dem der befreiten Gesellschaft – vollkommen blamieren muss.

Dabei erhebt der Text keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die kritischen Anmerkungen zu Negts Äußerungen sind zu einem guten Teil nicht vollkommen ausgereift und bis ins Letzte geprüft, manche – deshalb aber nicht unwichtige – Aspekte werden nur gestreift. Das ist nicht zuletzt der Unlust der Autoren geschuldet, sich über das notwendige Maß hinaus an der Auseinandersetzung mit dem unverhohlenen Fetischismus im Spätwerk eines „58ers“² zu verausgaben. Die folgenden Denkanstöße orientieren sich schließlich an jenem Anspruch „keine Bibel, mit fertigen, ein für allemal gültigen Wahrheiten letzter Instanz, sondern ein [...] Born der Anregung zur weiteren geistigen Arbeit, zum weiteren Forschen und Kämpfen um die Wahrheit“³ zu sein und so tatsächlich einmal jene „ungeheuer aufgerissene Situation“⁴ zu erzeugen, von der Negt kürzlich im Interview mit der *Kontext:Wochenzeitung* gesprochen hat.

Eine PDF-Version dieses Textes findet sich unter der Adresse rhg.noblogs.org. Dort besteht auch die Möglichkeit, den Text zu kommentieren.

*Arbeitskreis Ideologiekritische Intervention
Chemnitz/Leipzig, August 2012*

1 Philipp Lenhard: *Doch ein Ehrenmann. Joachim Gauck und das Elend positivistischer Antisemitismuskritik*. In: Bahamas (64), 2012. S. 11.

2 Tatjana Freytag: *Oskar Negt. Maulwurf und Mentor*. (<http://www.goethe.de/ges/pok/dos/dos/wdp/ges/de3039254.htm>, Zugriff: 14.07.2012.)

3 Franz Mehring: *Karl Marx. Geschichte seines Lebens*. Dietz, Berlin 1985. S. 376.

4 Oskar Negt, zitiert nach: Ingo Anhenn, Wilfried Voigt: „*Die Risse des Systems aufdecken*“.

(<http://www.kontextwochenzeitung.de/newsartikel/2012/06/die-risse-des-systems-aufdecken> Zugriff: 14.07.2012.)

„Wenn wir die Verwaltung kritisieren, kritisieren wir nicht Rationalität, wir kritisieren nicht, dass menschliche Verhältnisse als solche geplant werden, um dadurch das Leiden zu vermindern, dass durch das blinde Spiel der gesellschaftlichen Kräfte sich ergibt. Das, was an der jüngsten Entwicklung – die übrigens gar nicht so jung mehr ist – das Verhängnisvolle ist, das scheint vielmehr darin zu bestehen, dass ein Irrationales rationalisiert wird. Das heißt, dass das Resultat des blinden Kräftespiels der liberalistischen Gesellschaft [...] nun fixiert wird und in einer möglichst geschickten, planvollen, klugen Weise so behandelt wird, dass diese fixierten Zustände sich behaupten können und dass die Menschen möglichst reibungslos ihnen sich einpassen, ohne, dass im Ernst etwas geschieht, um dieses Resultat eines irrationalen, blinden Prozesses zu überwinden.“

„Was Utopie ist, als was Utopie vorgestellt werden kann, ja, das ist die Veränderung des Ganzen. [...] Mir will es so vorkommen, als ob das, was subjektiv, dem Bewusstsein nach, den Menschen abhanden gekommen ist, die Fähigkeit ist, [...] das Ganze sich vorzustellen als etwas, was völlig anders sein könnte, dass die Menschen vereidigt sind auf die Welt, wie sie ist.“

Theodor W. Adorno

I. Was da wieder los war...

Im Rahmen ihrer Reihe „kontrovers – Arbeit, Wirtschaft und Soziales auf dem Prüfstand“ hatten die Volkshochschule Chemnitz, der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Friedrich-Ebert-Stiftung am achten Mai diesen Jahres zu einer Vortragsveranstaltung mit dem Soziologen und Sozialphilosophen Oskar Negt eingeladen. Der sollte dort zum Thema „Arbeit und menschliche Würde“ referieren. Angekündigt wurde Negt mit der paradoxen Zuschreibung, er gehöre „zu den unumstrittenen Größen der deutschen Sozialphilosophie und zu den führenden Denkern der Kritischen Theorie“¹ Das sind freilich zwei Dinge, die nicht zusammengehen, denn: Wer in Deutschland unumstritten ist, kann schwerlich ein ernstzunehmender Vertreter der Kritischen Theorie sein.

Negt, der sich heute als SPD-Sympathisant versteht², studierte in den 50er- und 60er-Jahren unter anderem bei Max Horkheimer und Theodor W. Adorno in Frankfurt am Main. Bei letzterem hat er 1962 promoviert. Bis 1970 arbeitete er als Assistent bei Jürgen Habermas und ging schließlich nach Hannover, wo er bis zu seiner Emeritierung 2002 den Lehrstuhl für Soziologie innehatte.

1956 war Negt in Frankfurt dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund beigetreten, „in dem er sich mit Angehörigen verschiedener Generationen des SDS der kritischen Aufarbeitung der marxistischen Denktraditionen widmete.“³ Wegen seines Engagements im SDS wurde er 1961 aus der

SPD ausgeschlossen. Negt avancierte zu einer prominenten Figur in der Neuen Linken und gilt bisweilen als Mentor der studentischen Protestbewegung.⁴ Er setzte sich stets für die enge Zusammenarbeit zwischen der marxistischen Linken und den Gewerkschaften ein⁵ und blieb auch später, als er sich aus der radikalen Linken verabschiedet hatte, „eng mit der Gewerkschaftsbewegung verbunden.“⁶

Als die SPD 1998 mit Gerhard Schröder als Kanzlerkandidat unter dem Motto „Wir sind bereit.“ in den Bundestagswahlkampf zog, leistete Oskar Negt mit seiner Schrift „Warum SPD? 7 Argumente für einen nachhaltigen Machtwechsel und Politikwechsel“ bereitwillig intellektuelle Beihilfe und war nach der Wiederwahl von Rot-Grün 2002 als kulturpolitischer Berater für die damalige Bundesregierung tätig.⁷ Auch zur Bundestagswahl 2009 setzte sich Negt wieder für den sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten, diesmal Frank-Walter Steinmeier, ein.⁸

Zuletzt veröffentlichte er die beiden Bücher

1 Volkshochschule Chemnitz (Hg.): *Arbeit und menschliche Würde*. 2012. [Ankündigungsflyer zum Vortrag Oskar Negts am 08.05.2012]

2 vgl. Christina Sticht: *Streiter für Demokratie: Oskar Negt wird 75*. (http://www.mainpost.de/ueberregional/kulturwelt/kultur_top/Streiter-fuer-Demokratie-Oskar-Negt-wird-75;art40258,5225290, Zugriff: 04.08.2012.)

3 Tatjana Freytag: *Oskar Negt. Maulwurf und Mentor*. (<http://www.goethe.de/ges/pok/dos/dos/wdp/ges/de3039254.htm>, Zugriff: 14.07.2012.)

4 vgl. ebd.; vgl. ebenso Universität Magdeburg (Hg.): *Ehrenpromotion für Oskar Negt*. [Pressemitteilung vom 23.03.2012] (http://www.uni-magdeburg.de/home/Presse+_+Medien/uni_report/Archiv/2009/ausgabe_05_2009/ehrenpromotion_negt.html, Zugriff: 04.08.2012.)

5 vgl. Universität Magdeburg (Hg.): *Ehrenpromotion für Oskar Negt*. [Pressemitteilung vom 23.03.2012] (http://www.uni-magdeburg.de/home/Presse+_+Medien/uni_report/Archiv/2009/ausgabe_05_2009/ehrenpromotion_negt.html, Zugriff: 04.08.2012.)

6 Universität Hannover (Hg.): *Oskar Negt erhält August-Bebel-Preis 2011*. [Meldung der Universität vom 16.03.2011] (<http://www.uni-hannover.de/de/aktuell/online-aktuell/news/10081>, Zugriff: 05.08.2012.)

7 vgl. Universität Magdeburg (Hg.): *Ehrenpromotion für Oskar Negt*. [Pressemitteilung vom 23.03.2012] (http://www.uni-magdeburg.de/home/Presse+_+Medien/uni_report/Archiv/2009/ausgabe_05_2009/ehrenpromotion_negt.html, Zugriff: 04.08.2012.)

8 vgl. Oskar Negt nach Deutschlandradio Kultur (Hg.): *Sozialphilosoph Negt: SPD muss sich der Linken öffnen*. [Radiogespräch vom 28.07.2009] (<http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/interview/1006051/>, Zugriff: 05.08.2012.); vgl. ebenso Oskar Negt nach Deutschlandradio Kultur (Hg.): *Negt: Für die SPD hätte es noch schlimmer kommen können*. [Radiogespräch vom 28.09.2009] (<http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/thema/1041567/>, Zugriff: 05.08.2012.)

„Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform.“ (2010) und „Gesellschaftsentwurf Europa: Plädoyer für ein gerechtes Gemeinwesen.“ (2012).

Oskar Negt gehört zweifelsohne zu jenen linken Intellektuellen, die, zu einer Mischung aus pseudokritischer moralischer Instanz und Organisationstheoretiker verkrüppelt, längst in der deutschen Gesellschaft angekommen sind. Dem entsprach auch das gleichermaßen utopievergessene wie realitätsblinde Herumreden um den Zusammenhang von Kapital, Staat und sozialer Gerechtigkeit, dass er in einem gut gefüllten Veranstaltungssaal im Chemnitzer *TIETZ* am achten Mai ablieferte.

Negts Ausführungen waren getragen vom Ruf nach mehr sozialer Gerechtigkeit, nach mehr Sozialismus. In diesem Zusammenhang einmal das Kapitalverhältnis zu problematisieren, hielt er allerdings für unnötig, schließlich habe er dazu in der Vergangenheit genug gesagt und kenne seinen Marx, wie er auf kritische Nachfrage aus dem Publikum wissen ließ. Stattdessen begnügte er sich damit, den Fakt, dass sich im Kapitalismus Wenige auf Kosten Vieler bereichern, als soziale Ungerechtigkeit zu geißeln, die auf einer bewusst hergestellten Ungleichwertigkeit basiere. Den erfreulichen Fakt, dass der Gesellschaft aufgrund der Entwicklung der Produktivkräfte tendenziell die Arbeit ausgeht, beantwortete er geradewegs mit der Affirmation der „produktiven Arbeit“, die unbedingt gerettet werden müsse – und das ganz innovativ durch die Etablierung des Bereichs der „Gemeinwesenarbeit“ als Arbeitsmarkt der Zukunft. Die zu seiner Affirmation der „produktiven Arbeit“ passende dumpfe Denunziation des Finanzkapitals lieferte Negt gleich hinterher: Im Schutze der vermeintlichen Scherzhaftigkeit ließ er sich zu der Aussage hinreißen, dass es keine Arbeit sei, den ganzen Tag Börsenkurse zu beobachten und scheute sich auch nicht davor, immer wieder seinen Lieblingsfeind Josef Ackermann als Projektionsfläche für sein Ressentiment gegenüber der Geldwirtschaft zu bemühen. Konsequenter bediente Negt in seinem Vortrag stets die Ideologie vom Staat als Souverän der

sozialen Gerechtigkeit und Bändiger der die gesellschaftliche Bindung zerstörenden Marktgesetze und frönte dabei einer pervertierten Vorstellung von solidarischer Gemeinschaft.

Gut einen Monat später, am 20. Juni, legte der „international renommierte[] Soziologe und Philosoph“⁹ im Interview mit der in Stuttgart erscheinenden *Kontext:Wochenzeitung* noch einmal nach. Da benannte Negt den „Widerspruch zwischen einer überbordend reichen Gesellschaft und der Verarmung in vielen Bereichen“¹⁰ zunächst als „unglaubliche[n] gesellschaftliche[n] Skandal“¹¹ und erklärte, das Hauptproblem sei, dass „der gesamte Produktions- und Lebensvorrat einer Gesellschaft warenmäßig organisiert [wird]“¹² und bemerkte gar kritisch, „dass in den Arbeitsagenturen Arbeit vermittelt werden soll, die es nicht gibt.“ Allerdings, so Negt, könne man den Markt „nicht abschaffen“¹³, denn er habe „natürlich eine *Versorgungsrationalität*, die gar nicht ersetzbar ist.“¹⁴ Schlussendlich käme es darauf an, „[a]llen Menschen Bildung und auch Pflege zu bieten und sie nicht als Anhängsel der Warenproduktion zu sehen, ihnen ein würdiges Leben und ein würdiges Sterben zu garantieren“¹⁵ – denn alles andere bedeutete „natürlich für die Gesellschaft einen Verlust von produktiven Energien“¹⁶. Um jene Ziele zu erreichen, müsse der gerechtere Kapitalismus allerdings „imstande sein, die eigenen Konkurrenten aufzubauen.“¹⁷

Negt leistete hier, wie zuvor in Chemnitz, – fernab einer vernünftigen Kritik – nur zwei Dinge: seine eigene Entwertung als kritischer Intellektueller und die Reproduktion von Basisideologemen eines falschen gesellschaftlichen Verhältnisses.

9 Oskar Negt, zitiert nach: Ingo Anhenn, Wilfried Voigt: „Die Risse des Systems aufdecken“.
(<http://www.kontextwochenzeitung.de/newsartikel/2012/06/die-risse-des-systems-aufdecken> Zugriff: 14.07.2012.)

10 ebd.

11 ebd.

12 ebd.

13 ebd.

14 ebd. [unsere Hervorhebung]

15 ebd. [unsere Hervorhebung]

16 ebd.

17 ebd.

II. Die Unvernunft als Basis – einige Bemerkungen zum Kapitalverhältnis

Einer der Hauptgedanken Negts und Dreh- und Angelpunkt seiner Argumentation ist immer wieder die Behauptung, das Grundproblem unserer Gesellschaft sei die Verteilung des Reichtums, der gesellschaftlich geschöpfte Wert werde nicht gerecht verteilt. Dass die Art und Weise der Produktion von Reichtum unter kapitalistischen Bedingungen, also der Prozess der Wertschöpfung selbst, jenes Elend der Ungleichverteilung bedingt, fällt hier einfach unter den Tisch. Zweck der kapitalistischen Produktionsweise ist nun einmal die Schöpfung von Wert und dessen ständige maßlose Vermehrung¹⁸ und nicht die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse. Da, wo sie trotzdem gelingt, ist das ein Glücksfall für die Betroffenen.

„Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine ‚ungeheure Warensammlung‘¹⁹. Die Waren werden aber nicht hergestellt, weil sie als Gebrauchswerte, als konkrete nützliche Dinge, menschliche Bedürfnisse befriedigen. Sie werden geschaffen, weil sie als Gebrauchswerte Träger von Tauschwert beziehungsweise Mehrwert sind. Zwar ist die Realisierung des Tauscherts daran gebunden, dass die Ware als Gebrauchswert menschliche Bedürfnisse befriedigt, aber: Die Bedürfnisbefriedigung ist, wie überhaupt der Mensch im Kapitalismus, nur Mittel zur Vermehrung von Tauschwert und nicht Zweck der ganzen Sache. Folglich ist der konkrete, besondere Inhalt des Bedürfnisses, durch das sich ein bestimmter Tauschwert realisiert, für den Tauschwert selbst

unerheblich. So eignet sich das Bedürfnis der Erhaltung menschlichen Lebens durch medizinische Versorgung ebenso gut zur Vermehrung von Tauschwert wie das, eine bestimmte Menschengruppe zu vernichten oder einen bestimmten Staat von der Landkarte zu tilgen.

Damit ein Unternehmer den in seinen Waren steckenden Tauschwert tatsächlich realisieren kann, muss er aber nicht nur „gerade diejenigen Arten und Sorten herstellen, die die Gesellschaft braucht“²⁰, sondern auch „nur so viel, wie sie braucht.“²¹ „Sonst bleiben die Waren unverkauft und der darin steckende Mehrwert geht wiederum flöten.“²² Wo aber die gesellschaftlichen Bedürfnisse genau liegen, wie viel also von welcher Warenart jeweils benötigt wird, ist vorweg nicht bekannt, stellt sich erst heraus, wenn die Produktion bereits gelaufen ist – beispielsweise dadurch, dass ein Unternehmer auf seinen Waren sitzen bleibt, weil er sie nicht absetzen kann. „Jeder Unternehmer ist in derselben Lage. Und doch muß aus diesem Chaos [...] etwas Ganzes entstehen, das sowohl das Einzelgeschäft der Kapitalisten und ihre Bereicherung als auch die Bedarfsdeckung und die Fortexistenz der Gesellschaft im ganzen ermöglicht.“²³ Dafür gibt es allerdings keine Garantie und es verwundert auch wenig, dass ein derart vernunftfernes Treiben „durch fortwährende Abschweifungen bald in den Überfluß der Hochkonjunktur, bald in den Zusammenbruch der Krise“²⁴ stürzt, dass es trotz aller Versuche der Einräkung ins richtige Verhältnis immer wieder aus ihm herausfällt²⁵.

In diesem System der warenproduzierenden Gesellschaft kommt den Individuen nur in einer Hinsicht Geltung zu: als Akteure im Verwertungsprozess, schlussendlich als Repräsentanten von Ware. Diejenigen, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, weil sie keine Produktionsmittel besitzen und auch nicht zum Kommando über fremde Arbeitskraft befähigt sind,

18 Das auf die rastlose Vermehrung von Wert gerichtete Wirtschaften bildet schließlich auch die Basis der Konzentration des Kapitals.

19 Karl Marx: *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*. Bd. 1. Dietz, Berlin 1986. S. 49. [Eröffnungssatz]

20 Franz Mehring: *Karl Marx. Geschichte seines Lebens*. Dietz, Berlin 1985. S. 379.

21 ebd.

22 ebd.

23 ebd.

24 ebd., S. 380.

25 vgl. ebd.

also keine Waren produzieren lassen können, gelten nur als unterschiedslose Behälter menschlicher Arbeitskraft schlechthin, als Repräsentanten der Ware Arbeitskraft. Über ihre Funktion im kapitalistischen Gefüge hinaus sind sie im Wortsinn wertlos, mithin tendenziell überflüssig, verzichtbar, gar ihrer Abschaffung würdig.

Der Warencharakter der Arbeitskraft bildet die Basis der kapitalistischen Bereicherung, die überhaupt erst zu der von Negt als „ungerecht“ angeprangerten Ungleichverteilung des produzierten Reichtums führt. Die Ware Arbeitskraft besitzt die besondere Eigenschaft, Quelle von Wert und schließlich von Mehrwert zu sein. Das liegt darin begründet, dass sie „einen so hohen Grad von Produktivität besitzt, daß sie ein viel größeres Produkt in einer gewissen Zeit herzustellen vermag, als zu ihrer eigenen Erhaltung in dieser Zeit notwendig ist.“²⁶ Um das richtig zu verstehen ist es wichtig, zwischen der Arbeitskraft, also dem Vermögen, Arbeit zu verrichten und der Arbeit selbst, als Anwendung dieses Vermögens, zu unterscheiden. Ein Unternehmer, der Arbeitskraft einkauft, zahlt maximal die gesellschaftlich durchschnittlichen Kosten für die Reproduktion des individuellen Arbeitsvermögens eines jeden seiner eingekauften Lohnabhängigen. Die sind jedoch geringer als der Wert des Produkts, das diese durch die Anwendung ihres Arbeitsvermögens – also die Arbeit – für den Unternehmer schaffen. Der Unternehmer zahlt die Erhaltung der Arbeitsfähigkeit und nicht die Arbeit selbst.

Die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft ist das ursächliche Gewinnmittel eines Unternehmers. Aber die Arbeitskraft ist auch Kostenfaktor. In der Konkurrenz zu anderen sieht sich jeder Unternehmer einem ständigen Optimierungsdruck unterworfen. Er muss daher versuchen, die Kosten für die Anwendung menschlicher Arbeitskraft so gering zu halten, wie nur irgend möglich und die Arbeitskraft, die er kauft, bestmöglich auszubeuten. So teilt sich „das Produkt der Lohnarbeit von selbst in einen kümmerlichen Lebensunterhalt für den Arbeiter und den arbeitslosen Reichtum des Kapita-

listen“^{27, 28}. Dieses Ausbeutungsverhältnis kann „erst dadurch und lediglich dadurch beseitigt werden [...], daß der Verkauf der Arbeitskraft, will sagen das Lohnsystem, aufgehoben wird.“²⁹ Die Arbeitskraft müsste mithin aufhören, Ware zu sein. Der Fakt, dass dies innerhalb des kapitalistischen Gefüges nicht möglich ist, verweist hier bereits auf die notwendige Veränderung des Ganzen.³⁰

Mit der kapitalistischen Produktionsweise hat die Gesellschaft ein Verhältnis hervorgebracht, dessen Zweck nicht die Erhaltung und freie Entfaltung der Individuen ist, sondern in dem umgekehrt die Individuen zum Zweck der Verwertung fortwährend um die Möglichkeit ihrer eigenen Entfaltung betrogen und in zahlreichen Fällen auch noch um die ihrer eigenen Erhaltung gebracht werden, obwohl beides nach dem Stand der Produktivkräfte längst möglich wäre. Die kapitalistische Produktionsweise, die überhaupt erst zur Entfesselung der Produktivkräfte geführt hat, also die technischen und organisatorischen Voraussetzungen für die weitreichende Befriedigung menschlicher Bedürfnisse bei tendenziell fallendem Arbeitsaufwand geschaffen hat, steht letztlich deren Realisierung im Wege.

Jede tatsächliche Kritik der aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse müsste die Überwin-

27 ebd.

28 Dabei sind allerdings drei Dinge zu beachten: Erstens ist zum Klassengegensatz zwischen Arbeiter und Kapitalist zu bemerken, dass er sich auf der aktuellen Entwicklungsstufe des Kapitalismus nicht so unvermittelt darstellt, wie Mehrings Ausführungen suggerieren. Zweitens ist der Reichtum des Kapitalisten nur deshalb als arbeitslos zu bezeichnen, weil ein Unternehmer seinen Mehrwert aus der Ausbeutung fremder Arbeitskraft zieht. Daraus ist aber keineswegs eine generelle Untätigkeit des Kapitalisten zu folgern. Drittens ist die Ausbeutung der Arbeitskraft des Arbeiters durch den Kapitalisten nicht Akt individueller oder kollektiver Willkür. Beide Seiten handeln hier als strukturell determinierte Charaktere eines gesellschaftlichen Verhältnisses, das sich ihnen gegenüber weitgehend selbstständig hat.

29 Franz Mehring: *Karl Marx. Geschichte seines Lebens*. Dietz, Berlin 1985. S. 378.

30 Um hier sofort jeglichen Anflug reaktionärer Elendsromantik im Keim zu ersticken, sei darauf hingewiesen, dass mit der Veränderung des Ganzen die progressive Überschreitung des Ist-Zustands gemeint ist und nicht der Rückfall in ein zauberhaftes Reich der zwanghaften Gemeinschaft und Gleichheit in Armut.

26 Franz Mehring: *Karl Marx. Geschichte seines Lebens*. Dietz, Berlin 1985. S. 377.

dung dieses Irrsinns implizieren. Davon ist Oskar Negt allerdings weit entfernt. Statt eine Kritik der Verhältnisse zu formulieren, propagiert er lediglich eine staatliche Unfallchirurgie: Ist das kapitalistische Elend einmal vollbracht, soll der Souverän soziale Gerechtigkeit schaffen und die Reintegration einer Gesellschaft leisten, deren Basis jenes Elend stets bedingt.

III. Keine Rettung – Sozialstaat und gesellschaftliche Reintegration

Negts Argumentation für den staatlichen Eingriff basiert zunächst auf der Einsicht, dass der Markt nicht imstande ist, gesellschaftliche Beziehungen vernünftig zu organisieren. Die Entwicklungen der kapitalistischen Gesellschaft, so Negt weiter, zerstörten die gesellschaftliche Bindung und führten zur Polarisierung der Gesellschaft. Dies sei eine Gefahr für die Demokratie. Der Abbau des Sozialstaates befördere diese Entwicklung. Er müsse daher nicht nur in Deutschland verteidigt und erhalten werden, als Institution gesellschaftlicher Reintegration und Garant der Menschenwürde, schließlich als vitaler Teil der Demokratie. Sozialstaat und Demokratie sind für Negt „nicht voneinander zu trennen.“³¹

Die Despotie des Kapitals organisieren – zum sozialen Staat

Aufgabe des sozialen Staates ist es also, dem Markt bei der Organisation der gesellschaftlichen Beziehungen auf die Sprünge zu helfen. Das Problem, vor dem er dabei steht, ist zunächst einmal, dass es unter kapitalistischen Verhältnissen immer Menschen gibt, die sich gerade nicht selbst durch Lohnarbeit ernähren können, weil sie keine Gelegenheit finden, ihre

31 Oskar Negt, zitiert nach: Ingo Anhenn, Wilfried Voigt: „Die Risse des Systems aufdecken“ (<http://www.kontextwochenzeitung.de/newsartikel/2012/06/die-risse-des-systems-aufdecken>, Zugriff: 14.07.2012.)

Arbeitskraft zu verkaufen. Der Sozialstaat sorgt nun dafür, dass diese Menschen trotzdem ihren Lebensunterhalt bekommen, indem er sie mit einem staatlichen Ersatzlohn versorgt.³² Gewährleistet wird das durch Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums: Die, die gerade in Arbeit sind, müssen für die mit aufkommen, die gerade kein eigenes Geld verdienen.³³ Schon hier wird klar: Der soziale Staat ist lediglich Verwalter kapitalistisch erzeugten Elends.

Dabei fungiert er stets nach dem Prinzip „fördern und fordern“. Arbeitslose werden mit dem Ziel unterstützt, sie arbeitsfähig zu halten und möglichst bald wieder in Arbeit zu bringen.³⁴ Schließlich kostet jeder Arbeitslose den Staat Geld und ist eine „nicht genutzte Ressource der nationalen Wirtschaft“³⁵. Der Staat lebt „von dem Geschäft, dass das Kapital im Land macht“³⁶. Die staatliche Ersatzversorgung ist daher „immer schon so organisiert, dass [die Arbeitslosen sie] möglichst morgen [...] nicht mehr brauchen oder nicht mehr kriegen.“³⁷ Sie sollen möglichst schnell wieder in die Lohnarbeit wechseln und dem Staat Steuern abliefern.³⁸ „Es geht [hier letztlich] darum, die Arbeitslosen für die kapitalistische Wirtschaft wieder produktiv zu machen“³⁹, also Kosten für den Staat zu senken und Gewinne aus dem Kapitalgeschäft einzufahren.

32 vgl. Peter Decker: *Hartz IV und die ekelhafte Debatte über soziale Gerechtigkeit*. [Audioaufzeichnung des Vortrags vom 18.03.2010 in Nürnberg] (<http://doku.argudiss.de/?Kategorie=all#323>, Zugriff: 01.06.2012.)

33 vgl. ebd.

34 „Aufgabe der Sozialhilfe ist es, den Leistungsberechtigten die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht. Die Leistung soll sie so weit wie möglich befähigen, unabhängig von ihr zu leben; darauf haben auch die Leistungsberechtigten nach ihren Kräften hinzuarbeiten. Zur Erreichung dieser Ziele haben die Leistungsberechtigten und die Träger der Sozialhilfe im Rahmen ihrer Rechte und Pflichten zusammenzuwirken.“ (§1 SGB-XII)

35 Peter Decker: *Hartz IV und die ekelhafte Debatte über soziale Gerechtigkeit*. [Audioaufzeichnung des Vortrags vom 18.03.2010 in Nürnberg] (<http://doku.argudiss.de/?Kategorie=all#323>, Zugriff: 01.06.2012.)

36 ebd.

37 ebd.

38 vgl. ebd.

39 Peter Decker: *Hartz IV und die ekelhafte Debatte über soziale Gerechtigkeit*. [Audioaufzeichnung des Vortrags vom 18.03.2010 in Nürnberg] (<http://doku.argudiss.de/?Kategorie=all#323>, Zugriff: 01.06.2012.)

Ein strukturelles Problem hat der Sozialstaat dann, wenn vermehrt Menschen in der sozialen Sicherung hängenbleiben, dauerhaft erwerbslos sind, nicht vermittelt werden können. Diese Arbeitslosen liegen dem Gemeinwesen notgedrungen auf der Tasche und das wird ihnen zum Vorwurf gemacht. Wer über längere Zeit oder gar dauerhaft keine Arbeitsstelle findet, kommt in Verruf, sich nicht genügend zu bemühen oder „arbeitsfaul“ zu sein.

Dabei sind die Arbeitslosen tatsächlich die Letzten, die irgendeine Schuld an ihrer misslichen Lage tragen. Denn erstens garantiert in der Anarchie des Marktes nichts und niemand dafür, dass jeder, der es muss, seine Arbeitskraft auch wirklich verkaufen kann und zweitens ist es in den Bewegungsgesetzen der kapitalistischen Produktionsweise angelegt, dass der Gesellschaft tendenziell die Arbeit ausgeht.

Der Fakt, dass ein wachsender Teil der arbeitslosen Bevölkerung nicht mehr für die Produktion gebraucht wird, ist zunächst einmal der Entwicklung der Produktivkräfte geschuldet: Die Arbeit ist durch die technische und organisatorische Verbesserung der Produktionsweise so produktiv geworden, dass viel weniger von ihr nötig ist, um eine bestimmte Menge an Gebrauchswerten herzustellen. Anhaltende Massenarbeitslosigkeit ist daher nur „Ausdruck der Produktivität der Arbeit“⁴⁰.

In einer Gesellschaft, in der es so wäre, dass die Menschen sich die notwendige Arbeit einteilen, wäre es „ein historischer Fortschritt, [...] ein Glück für die Gesellschaft, wenn es weniger Arbeit gäbe.“⁴¹ Der Umstand liefe dann nämlich auf die generelle und tatsächliche Befreiung von Arbeit hinaus: Es würden einfach alle weniger arbeiten. Aber „[i]n dieser Gesellschaft ist die Arbeit kein Gemeinschaftswerk zur gemeinsamen Lebensbewältigung.“⁴² Arbeit wird hier im Dienst des Kapitals verrichtet. Die menschliche Arbeitskraft ist eine Ware, die von Unternehmern eingekauft wird, um sie zur Produktion von Mehrwert einzusetzen.

40 ebd.

41 ebd.

42 ebd.

Die Ware Arbeitskraft ist für einen Unternehmer Gewinnmittel und Kostenfaktor zugleich. Er muss daher versuchen, so wenig wie möglich Arbeitskräfte einzukaufen und die, die er kauft, so gut wie möglich auszubeuten. Das geht freilich nicht zusammen mit der Tatsache, dass die Mehrheit darauf angewiesen ist, dass ihre Arbeitskraft von irgendjemandem gekauft wird. So fallen einige ganz aus der Lohnarbeit heraus, während andere sich weiterhin fürs Kapital abarbeiten. An diesem Punkt wird dann „soziale Ungerechtigkeit“ festgestellt – aber in völlig perverser Form: Das Gemeinwesen hält es nicht aus, „dass welche ernährt werden, die nicht arbeiten.“⁴³ Der Sozialstaat hat wiederum das Problem, dass sich die Unterstützung von Arbeitslosen, die kaum mehr wieder in Lohnarbeit zu überführen sind, für ihn nicht lohnt.

Wenn es für die überflüssigen Arbeitskräfte keine Jobs gibt und der Staat sie nicht aushalten kann, dann müssen, so die Folgerung, Jobs geschaffen – erfunden – werden. Der Staat hilft folglich dabei, eine künstliche Nachfrage nach Arbeitskräften zu schaffen und hält sich die Arbeitslosen derweil durch verschiedene Zwangsmaßnahmen arbeits- und konkurrenzfähig. Gleichzeitig versucht er sie in Arbeit zu drücken, indem er ihre Not verschärft: Sie werden auf eine dürftige Grundsicherung gesetzt und erhalten unter Androhung von Sanktionen den Auftrag, sich gefälligst mit aller Kraft um Arbeit zu bemühen.

Kommt dann seitens mancher Arbeitsloser der berechtigte Einspruch, sie bekämen, wenn sie arbeiten würden, auch nicht viel mehr als die staatliche Grundsicherung und würden daher lieber die Freizeit der Arbeit vorziehen, schlägt ihnen sofort entgegen, dass sie sich damit eines Missbrauchs des Sozialsystems schuldig machen oder schlimmer: dem Gemeinwohl schaden, dass hier stets plump mit dem Wohl der Nation gleichgesetzt wird. „Allen anderen Mitgliedern [dieser] Gesellschaft ist es zugestanden [...], dass sie die Welt als Chance nehmen und für sich das Beste daraus machen, dass sie Tätigkeiten, die sich für sie nicht lohnen, nicht

43 ebd.

tun. [...] Aber wer öffentliche Hilfen in Anspruch nimmt, der steht unter einer absoluten Arbeitspflicht und darf nicht schauen, ob sich Arbeit für ihn überhaupt auszahlt.“⁴⁴ Für den „Sozialschmarotzer“ gilt scheinbar nach wie vor: „Gemeinnutz vor Eigennutz.“⁴⁵ Auch wenn die Rede vom Gemeinnutz nach wie vor eine Farce ist. Aufgrund dessen, dass Arbeitslose verständlicherweise trotzdem kalkulieren, ob sich Arbeit für sie überhaupt lohnt, kommt die staatliche Unterstützung selbst in den Verdacht, die Arbeitsaufnahme zu verhindern, weil sie zu hoch ist.⁴⁶ Die Arbeitslosen werden daher – im Rahmen der Gesetze – möglichst so schlecht gestellt, dass sie in die Arbeit fliehen, sich billig anbieten und so für ein massenhaftes Angebot an billigen Arbeitskräften sorgen.⁴⁷

Wenn der Kostenfaktor Arbeitskraft für Unternehmer derart günstig ist, ergeben sich auf der Basis von Niedriglohn schließlich wieder lohnenswerte, konkurrenzfähige Geschäfte.⁴⁸ Der Arbeitsmarkt nimmt die zunächst an die Luft Gesetzten wieder auf und sie dürfen für einen Lohn, der zum Leben kaum reicht, einer „geregelten Arbeit“ nachgehen. „Das Drücken des Lohns unter den Wert der Arbeitskraft [...] wird [hier] ausgerechnet durch den sozialen Staat durchgesetzt.“⁴⁹ Der Staat agiert dabei in anti-monopolistischer Mission, als Agent der Aufrechterhaltung einer reineren – vermeintlich gerechteren – Konkurrenz. Er wird dadurch zunächst eine Last los und kann seine wirtschaftlichen Ressourcen effektiver nutzen. Aus der Armut der Überflüssigen wird dabei ein Faktor des Wirtschaftswachstums und der Konkurrenzfähigkeit, „ein Stück Produktivität der Nation“⁵⁰. Allerdings nicht ohne Folge.

44 Peter Decker: *Hartz IV und die ekelhafte Debatte über soziale Gerechtigkeit*. [Audioaufzeichnung des Vortrags vom 18.03.2010 in Nürnberg] (<http://doku.argudiss.de/?Kategorie=all#323>, Zugriff: 01.06.2012.)

45 *25-Punkte-Programm der NSDAP*. München, 1920. Zitiert nach: <http://www.dhm.de/lemo/html/dokumente/nsdap25>, Zugriff: 11.08.2012.

46 vgl. Peter Decker: *Hartz IV und die ekelhafte Debatte über soziale Gerechtigkeit*. [Audioaufzeichnung des Vortrags vom 18.03.2010 in Nürnberg] (<http://doku.argudiss.de/?Kategorie=all#323>, Zugriff: 01.06.2012.)

47 vgl. ebd.

48 vgl. ebd.

49 vgl. ebd.

50 ebd.

Die eigentlich ökonomisch Überflüssigen, die sich nun als Billigarbeitskräfte verdingen müssen, verschärfen die Konkurrenz unter den Lohnabhängigen und verdrängen in bestimmten Bereichen reguläre Jobs.⁵¹ Der Staat erzeugt sich damit ein Heer an prekär Beschäftigten und die Etablierung von Billiglohnstellen als neue Normalität, wo früher reguläre Jobs der Regelfall waren.⁵² Diejenigen Billiglöhner, deren Einkommen zur Existenzsicherung nicht ausreicht, bleiben schließlich, trotz Lohnarbeit, abhängig von staatlicher Finanzierung. Der Staat muss bei ihnen für die Differenz zum Existenzminimum aufkommen – und das nicht etwa aus lauter Menschlichkeit, sondern damit überhaupt Jobs zustande kommen.⁵³ An der perfiden Kosten-Nutzen-Debatte, die sich an diesem Punkt notwendig wieder entspinnt, offenbart sich einmal mehr die ganze Wahnhaftigkeit der Arbeitsbeschaffung. Die Frage, die sich der Staat da nämlich stellen muss, ist letztlich, ob durch die Möglichkeit des Aufstockens zum Existenzminimum bei Niedriglöhnern „die Nachfrage nach Arbeitskräften in einem die Kosten rechtfertigenden Maße steigt“⁵⁴. Gerechtfertigt sind diese Kosten ausschließlich

51 vgl. Sabine Zimmermann: *Leiharbeit aus Pflegeberufen verbannen*. [Presseerklärung der Partei DIE LINKE vom 05.07.2012.] (<http://www.die-linke.de/nc/presse/presseerklarungen/detail/browse/1/zurueck/presseerklarungen/artikel/leiharbeit-aus-pflegeberufen-verbannen/>, Zugriff: 04.08.2012.); vgl. ebenso Kolja Rudzio: *Hauptsache, irgendwas*. In: *Die Zeit* (47/2010), 18.11.2010. (<http://www.zeit.de/2010/47/Ein-Euro-Jobs>, Zugriff: 04.08.2012.); vgl. außerdem Ursula Engelen-Kefer: *1-Euro-Job verdrängt reguläre Arbeit*. 02.04.2010. (http://www.vorwaerts.de/artikel_archiv/24476/1-euro-job-verdraengt-regulaere-arbeit.html, Zugriff: 04.08.2012.)

52 vgl. Peter Decker: *Hartz IV und die ekelhafte Debatte über soziale Gerechtigkeit*. [Audioaufzeichnung des Vortrags vom 18.03.2010 in Nürnberg] (<http://doku.argudiss.de/?Kategorie=all#323>, Zugriff: 01.06.2012.)

53 vgl. Bundesagentur für Arbeit (Hg.): *Gut gerüstet. Fundamente und Perspektiven einer modernen Arbeitsmarktpolitik*. 2011. S. 63. [Weißbuch der Bundesagentur für Arbeit.] (http://www.arbeitsagentur.de/nn_25394/SiteGlobals/Forms/Suche/serviceSuche__Form,templateId=processForm.html?zielgruppe=buerger&allOfTheseWords=Kombilohn&x=0&y=0&lang=de, Zugriff: 11.08.2012.)

54 vgl. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hg.): *Kombilohn*. (<http://infosys.iab.de/infoplattform/dokSelect.aspx?pkDokSelect=1&show=Lit>, Zugriff: 12.08.2012.)

dann, wenn damit der Fortgang der Kapitalverwertung gesichert ist.

Hier zeigt sich in aller Deutlichkeit, dass der Erfolg der Nation nicht gleich dem Wohl ihrer Insassen ist⁵⁵ und dass der Staat – mag er sich auch sozial nennen – im Kern nicht dem Gemeinwohl dient, sondern die Despotie des Kapitals organisiert, unter der er auch selbst steht.

Den Menschen in die Arbeit retten Negts fetischistische Heilslehre

Nun gehört Oskar Negt allerdings zu denen, die stets energisch gegen Sozialabbau und Billiglohn Stellung beziehen. Konsequenterweise bezeichnet er die Hartz IV-Reform als „eine total falsche Politik“⁵⁶. Aber er beschwert sich letztlich nur moralisch darüber, projiziert Probleme falsch aufs Finanzkapital und nimmt schließlich den Staat in die Pflicht, anstatt einmal die tieferen Gründe für die aktuellen Entwicklungen zum Thema zu machen. Weil er genau das aber für unnötig hält, kommt er schließlich bei der üblichen sozialdemokratischen Marotte heraus, einen „gerechteren“ Kapitalismus durchsetzen zu wollen. Da braucht es zur politischen Betreuung des kapitalistisch erzeugten Elends einen Sozialstaat, der den gesellschaftlichen Normalwahnsinn und die damit einhergehende Beschädigung der Individuen erträglich macht, indem er ein Kollektiv der sozialen Sicherung konstruiert, mit dem sich der Einzelne wieder identifizieren kann.

Während nicht nur der deutsche Staat als lebenserhaltende Maßnahme der Kapitalverwertung schlussendlich knallhart Billiglohn und Arbeitszwang durchsetzt, breitet Negt über dem Problem eine absurde Heilsideologie aus. Da heißt es dann: Die armen Leute, die keiner Arbeit nachgehen dürfen, müssten im Dienste

der Menschenwürde in die Arbeit hinübergerettet werden. Denn wenn ein Mensch arbeitslos wird, zerstöre das automatisch seinen Selbstwert. Schließlich sei Arbeitslosigkeit „ein Anschlag auf die körperliche und seelisch-geistige Integrität der davon betroffenen Menschen.“⁵⁷ Es gäbe daher keinen Arbeitslosen, der sage „Endlich bin ich das Leid los!“. So einfach kann man sich scheinbar die Arbeit alternativlos reden.

Dabei behält Negt mit seinen Aussagen doch einzig deshalb Recht, weil Arbeitslosigkeit in dieser Gesellschaft keine Befreiung von Arbeit in einem emanzipatorischen Sinn ist, sondern geradezu deren Gegenteil bedeutet. Wer hier aus einem Lohnabhängigkeitsverhältnis herausfällt, sieht sich nicht nur einem Sozialstaatsapparat ausgeliefert, der repressiv auf die Reintegration des Einzelnen in die Arbeitswelt hinwirkt. Er steht auch einem zum gesellschaftlichen Konsens gehörenden Arbeitsfetisch gegenüber und schließlich dem Sachverhalt, zum Abschaum eines Systems zu gehören, dessen Grundstruktur bedingt, dass Menschen unbrauchbar gemacht werden. Da kann der Selbstwert schon mal flöten gehen.

Dadurch, dass Negt von Anfang an das Kapitalverhältnis wie selbstverständlich als gesellschaftliche Basis akzeptiert, statt es zu problematisieren, kommt er auch nicht dazu, Lohnarbeit, also die kapitalistische Form der Arbeit, einmal explizit zu unterscheiden von der Umformung von Naturstoffen, die Existenzbedingung jeder Gesellschaft ist oder genauer: Lohnarbeit als eine historisch spezifische Variante von gesellschaftlicher Arbeit zu benennen. Gerade das wäre aber eine Notwendigkeit, um über das Verhältnis von Arbeit und menschlicher Würde überhaupt in vernünftiger Weise sprechen zu können. Negt hält diese Unterscheidung allerdings offenbar für unnötig und so erscheint der Zwang zur Lohnarbeit bei ihm als ein ewig Gegebenes. Damit wird nicht nur die perfide Idee bedient, dass jeder „seinen Lebensunterhalt verdienen“

55 vgl. Peter Decker: *Hartz IV und die ekelhafte Debatte über soziale Gerechtigkeit*. [Audioaufzeichnung des Vortrags vom 18.03.2010 in Nürnberg] (<http://doku.argudiss.de/?Kategorie=all#323>, Zugriff: 01.06.2012.)

56 Oskar Negt, zitiert nach: Ingo Anhenn, Wilfried Voigt: „*Die Risse des Systems aufdecken*“ (<http://www.kontextwochenzeitung.de/newsartikel/2012/06/die-risse-des-systems-aufdecken> Zugriff: 14.07.2012.)

57 Volkshochschule Chemnitz (Hg.): *Arbeit und menschliche Würde*. 2012. [Ankündigungsflyer zum Vortrag Oskar Negts am 08.05.2012]

müsse.⁵⁸ Es wird auch die Vorstellung bestärkt, wer aus der Lohnarbeit fällt, verliere seinen Selbstwert deshalb, weil er dann keiner „produktiven Tätigkeit“ oder „geregelten Beschäftigung“ mehr nachgehen könne. Auch wenn das in gewisser Hinsicht zutreffen mag, so ist es doch im Kern nichts als ein aus falschem Bewusstsein entspringender Irrsinn. Ausgerechnet aus diesem Irrsinn leitet Negt aber ab, dass der Mensch der Rettung seiner Würde wegen wieder in Lohnarbeit gebracht werden müsse. Dass in der kapitalistischen Arbeit „produktiv“ nicht bedürfnisbefriedigend und „geregelt“ nicht vernünftig heißt, ist scheinbar nicht der Rede wert. Es scheint nichts zur Sache zu tun, dass der Mensch bei jener „produktiven Tätigkeit“ oder „geregelten Beschäftigung“ stets nur Anhängsel eines Produktionsprozesses ist, der die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse nur als Mittel, nicht als Zweck, kennt. Es ist scheinbar irrelevant, dass er in diesem Prozess lediglich als tendenziell unterschiedsloser, austauschbarer Arbeitskraftbehälter vorkommt. All das scheint für Selbstwert und Würde eines Menschen keine Rolle zu spielen. Tatsächlich spielt es aber die entscheidende Rolle, unabhängig davon, ob man sich der Sache bewusst ist oder nicht. Es wäre daher dringend geboten, gegen den Fetisch der Lohnarbeit die Bildung eines kritischen Bewusstseins gegenüber den gesellschaftlichen Verhältnissen zu unterstützen, wenn man nicht in die Reproduktion des Gegenstandes verfallen und damit ein zutiefst inhumanes Verhältnis verewigen will.

Von jener dringend erforderlichen Fetischkritik ist bei Oskar Negt jedoch keine Spur. Stattdessen formuliert er im Grunde nur wieder den immergleichen Schrei nach Arbeit – und das in einer besonders widerwärtigen Art und Weise. Die „produktive Arbeit“ will er im sozialen Engagement, in der „Gemeinwesenarbeit“, gerettet sehen. Als ob es nicht schon

58 Als pragmatischer Hinweis mag diese ekelhafte Floskel zunächst lediglich meinen: Nur wer arbeitet kann auch leben. Sie birgt aber immer schon die unvermeidliche, an Menschenfeindlichkeit kaum zu überbietende Konnotation in sich: Nur wer arbeitet solle auch leben – das Leben können müsse man sich schon verdienen.

genug von jenen im doppelten Sinne elenden Kultur- und Sozialarbeitsstellen gäbe. Als ob dieser Bereich nicht schon vollgestopft genug wäre mit Quartiersmanagern, Erlebnispädagogen, Kulturverwaltern, Berufsdemokraten, Ersatzpolizisten⁵⁹, Qualitätssicherern.

Negt verklärt Lohnarbeit, ein kapitalistisches Ausbeutungsverhältnis, zum Beitrag an vernünftiger gemeinschaftlicher Lebensbewältigung – und das in einem gesellschaftlichen Verhältnis, in dem sich in Bezug auf das Ganze überhaupt keine Vernunft geltend macht. Mit seiner sozialdemokratischen Organisationsideologie rennt er offenbar vollkommen blind einer totalen Verwaltung, einer Zwangsvergesellschaftung, in die Arme, die dem Individuum noch den letzten Rest Menschlichkeit austreibt und den Menschen im Kern nur mehr als Funktion tatsächlich außer ihm stehender Zwecke einer gesellschaftlichen Maschinerie kennt. Wo der Zweck ist, die Menschen in kapitalistische Arbeit zu bringen, wo sie zu potenziellen Angestellten des „Unternehmens Gesellschaft“ gemacht werden, da kann es Menschenwürde nur als Trugbild geben. Negts Vision von der Rettung der „produktiven Arbeit“ im Dienst für die Gemeinschaft läuft auf nichts anderes hinaus, als die weitgehende Besetzung und Zurichtung gesellschaftlichen Lebens durch die Form der Lohnarbeit. Dieser aus dem mit der kapitalistischen Entwicklung anwachsenden „Zwang zur Risikominderung und Planung in

59 Bereits seit einigen Jahren leistet unter anderem die sächsische Polizei ein bemerkenswertes Beispiel der Reintegration in den „zweiten Arbeitsmarkt“. Dort können sich Menschen, die „zuverlässig sind und die Gewähr bieten, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten“ zum Freiwilligendienst bei der Sächsischen Sicherheitswacht melden, um „die Polizei bei der Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung aktiv zu unterstützen.“ Das heißt: Sie übernehmen „Verantwortung für die Innere [sic.] Sicherheit zum Nutzen der Mitbürgerinnen und Mitbürger.“ (<http://www.polizei.sachsen.de/zentral/1086.htm>, Zugriff: 22.07.12.) Laut der CDU-Fraktion im Dresdner Stadtparlament leisten sie damit einen wichtigen Beitrag zu jener „Sauberkeit und Hygiene“, die „zum ästhetischen Stadtbild“ gehört. (<http://www.dresden-cdu.de/fraktion/ziele/ziele.htm>, Zugriff: 22.07.2012.) Wenn das mal kein vorbildhafter Dienst an der Solidargemeinschaft ist.

einer nach wie vor irrationalen Gesellschaftsformation“⁶⁰ entspringende Wahn bedeutet notwendig die tendenzielle Auslöschung all dessen, was ganz anders ist oder sich auch nur zu geringem Grad außerhalb der verwalteten Sphäre bewegt.

Dieser eliminatorische Aspekt der staatlichen Elendsverwaltung zeigt sich auch deutlich in Peter Deckers Feststellung, dass die Entwicklung des Sozialstaates in Deutschland unter Hartz IV auf die Abschaffung des Sozialcharakters des Arbeitslosen hintendiert⁶¹: Wenn der Markt sich nicht abschaffen lässt, dann müssen eben die Arbeitslosen abgeschafft werden, indem sie – gegen die historische Tatsache ihrer Überflüssigkeit für den Verwertungsprozess – um jeden Preis in die Arbeitsgesellschaft reintegriert werden. Die dazu passende Leitidee des zum Aktivierungsstaat reformierten Versorgungsstaats ist die der „Arbeit in jedem Fall“, also Arbeit zunächst unabhängig davon, ob man vom gezahlten Lohn auch leben kann. Wenn der Lohn aus der eigenen Erwerbstätigkeit tatsächlich nicht hinreicht, dann wird er staatlich subventioniert. Der Staat schafft seinen Insassen also auf der einen Seite Möglichkeiten, „wie sie mit Jobs, von denen man nicht leben kann, doch leben können.“⁶² Andererseits besteht da, wo die staatliche Grundsicherung zum Leben kaum mehr ausreicht, generell für jeden Arbeitslosen die Notwendigkeit eines Nebenverdienstes, ob legal oder illegal.⁶³ Die eindeutige Unterscheidung zwischen arbeitenden Selbstversorgern und arbeitslosen und zu versorgenden Bedürftigen gilt hier nicht mehr.⁶⁴ Der Sozialcharakter des Arbeitslosen verschwindet – und zwar nicht dadurch, dass die Arbeitslosen körperlich vernichtet werden, sondern durch ihre zwangsweise Reintegration in den Verwertungsprozess. Das geht bis hin zu der

60 Rolf Wiggershaus: *Theodor W. Adorno*. C. H. Beck, München 2006. S. 71.

61 vgl. Peter Decker: *Hartz IV und die ekelhafte Debatte über soziale Gerechtigkeit*. [Audioaufzeichnung des Vortrags vom 18.03.2010 in Nürnberg] (<http://doku.argudiss.de/?Kategorie=all#323>, Zugriff: 01.06.2012.)

62 ebd.

63 vgl. ebd.

64 vgl. ebd.

unverschämten Forderung, Hartz IV-Empfänger zur Arbeit als Gegenleistung für den staatlichen Ersatzniedriglohn zu verpflichten.⁶⁵ Kein Schlupfwinkel, „keine Armut in Würde, nicht einmal mehr die Möglichkeit des bescheidenen Überwinterns für den, der aus der verwalteten Welt herausfällt“⁶⁶ soll länger bestehen.

Die stets auf den Zustand ungebrochener Totalität zustürzende, immer umfassendere Integration der Individuen in ein der Kapitalverwertung verpflichtetes „Unternehmen Gesellschaft“ – ob sie nun zur notwendigen Unannehmlichkeit oder zur Errettung der menschlichen Würde verklärt wird – geht einher mit der fortschreitenden Liquidierung des je Besonderen, Menschlichen, denn sie ist notwendig das Aufgehen in Fremdbestimmung, Funktionalisierung, eliminatorischer Vereinheitlichung – mit einem Wort: Verdinglichung. Oskar Negts Ansinnen, die Menschen ihrer Würde wegen in die Lohnarbeit zu retten, ist daher nichts als irrationaler Unfug.

Da nützt es auch nichts, dass er den Staat dazu zwingen will, auch für eine menschenwürdige Bezahlung der im Auftrag der Menschenwürde neu geschaffenen Stellen auf dem „kommunalen Arbeitsmarkt“⁶⁷ aufzukommen. An diesem Punkt offenbart sich eher noch Schlimmeres. Der soziale Staat wird hier als „Bollwerk gegen den zersetzenden Markt egoismus“⁶⁸, als ein vom Kapital weithin autonomer Souverän der sozialen Gerechtigkeit vorgestellt. Staat und Kapital gehören aber zusammen. „Das Kapital ist [zwar] nach wie vor nicht in der Lage, seine Voraussetzungen selbst zu schaffen. So behält der Staat seine Autonomie. Gleichzeitig schafft der Staat die

65 vgl. Zeit Online (Hg.): *Westerwelle will Hartz-IV-Empfänger Schnee schippen lassen*. 21.02.2010.

(<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-02/hartz-iv-westerwelle>, Zugriff: 14.08.2012.)

66 Theodor W. Adorno, zitiert nach: Rolf Wiggershaus: *Theodor W. Adorno*. C. H. Beck, München 2006. S. 72.

67 Spiegel Online (Hg.): *Hartz-IV-Debatte. Kraft grenzt sich von Westerwelle ab*. 08.03.2010.

(<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/hartz-iv-debatte-kraft-grenzt-sich-von-westerwelle-ab-a-682288.html>, Zugriff: 03.08.2012.)

68 Philipp Lenhard: *Doch ein Ehrenmann. Joachim Gauck und das Elend positivistischer Antisemitismuskritik*. In: Bahamas (64), 2012. S. 11

Reproduktionserfordernisse des Kapitals zu den Bedingungen des Kapitals. Die Autonomie kann demnach nur scheinbar sein und wird, je mehr der Staat in die negative Dynamik des Kapitals involviert ist, auch wieder abgebaut.⁶⁹ Das heißt, der Staat kann nicht einfach gegen die Logik der Kapitalverwertung „soziale Gerechtigkeit“ durchsetzen – scheinbar selbst dann nicht, wenn sich die Idee von „sozialer Gerechtigkeit“ wie bei Negt in der Herstellung „fairer“ – gar „nachhaltiger“ – Konkurrenz um Lebenschancen erschöpft.⁷⁰ Was der Staat hingegen als Inhaber der politischen Gewalt leisten kann, ist die Erzwingung „sozialen Friedens“, die Transformation „antagonistische[r] in lediglich pluralistische Konflikte“⁷¹. Er „garantiert [damit] nicht nur die innerkapitalistische Synthese, sondern gerade auch die Vermittlung der gesellschaftlichen Klassen im schlimmsten Fall zur Volksgemeinschaft.“⁷²

Auch für Oskar Negt gilt also: Kein Arbeitsfetisch ohne Staatsfetisch.⁷³ Einmal der Ideologie von der ewigen Notwendigkeit der Lohnarbeit verfallen, bedient er sich dem Fetisch des Staates als autonomem Gerechtigkeitssoverän sowie einer perversen Idee von Gemeinschaft, um die ganze Sache im Nachhinein scheinhaft zu humanisieren. Eine Kritik findet nicht statt. Hier präsentieren sich Utopievergessenheit und Realitätsblindheit dankbar deutlich als notwendiger Zusammen-

hang ein und derselben falschen Denkart, von der Negt nahezu völlig eingenommen ist. Dabei sollte er als „führender Denker der Kritischen Theorie“⁷⁴ doch wissen, dass wer lediglich die Despotie des Kapitals „vernünftig“ organisiert wissen will, wahnsinnig ist und von der Menschenwürde schweigen müsste.

69 Felix Klopotek: *Organisiert, über Segmentierungen hinweg*. In: SPEX (7), 1996. [Rezension zu Johannes Agnoli: *Der Staat des Kapitals und weitere Schriften zur Kritik der Politik*. ça ira, Freiburg i. Br. 1995.] (http://www.ca-ira.net/verlag/rezensionen/pdf/agnoli-staat_rez-klopotek.pdf, Zugriff: 06.08.2012.)

70 vgl. Oskar Negt nach: Ingo Anhenn, Wilfried Voigt: „*Die Risse des Systems aufdecken*“. (<http://www.kontextwochenzeitung.de/newsartikel/2012/06/die-risse-des-systems-aufdecken> Zugriff: 14.07.2012.)

71 Felix Klopotek: *Organisiert, über Segmentierungen hinweg*. In: SPEX (7), 1996. [Rezension zu Johannes Agnoli: *Der Staat des Kapitals und weitere Schriften zur Kritik der Politik*. ça ira, Freiburg i. Br. 1995.] (http://www.ca-ira.net/verlag/rezensionen/pdf/agnoli-staat_rez-klopotek.pdf, Zugriff: 06.08.2012.)

72 ebd.

73 vgl. Stephan Grigat: *Die Arbeit nieder! Eine Intervention zum 1. Mai*. In: Jungle World (17/2012), 26.04.2012. (<http://jungle-world.com/artikel/2012/17/45311.html>, Zugriff: 15.08.2012.)

74 vgl. Volkshochschule Chemnitz (Hg.): *Arbeit und menschliche Würde*. 2012. [Ankündigungsflyer zum Vortrag Oskar Negts am 08.05.2012]

